

Weltpolitik im Zeitalter Wilhelms II. und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs

Insgesamt ist die wilhelminische Epoche geprägt von außenpolitischer Kraftmeierei, die jedoch nur Reserviertheit bei den anderen Mächten erzeugte. Das Deutsche Reich erschien als Friedensstörer, die mittlerweile zwischen den anderen Mächten eingeleitete Politik der Verständigung und des Interessenausgleichs wurde vom Deutschen Reich nur mit einer Verstärkung des Risikogedankens und der Rüstung beantwortet. Kaiser und Regierung wollten „Weltpolitik“ treiben, das Reich zunächst als gleichberechtigten Partner an die Seite der anderen Großmächte bringen.

Wilhelm II.

Nach dem Regierungsantritt des jungen Kaisers Wilhelm II. 1888 änderte sich innerhalb weniger Jahre die Ausrichtung der deutschen Außenpolitik grundlegend. War sie während der Kanzlerschaft des Fürsten Bismarck aus der Notwendigkeit, den neu entstandenen Nationalstaat in der Mitte Europas zu stabilisieren, auf Kompromiss und Ausgleich angelegt, geriet unter Wilhelm II. das Deutsche Reich schnell von der Verflechtung in ein ausgeklügeltes, kompliziertes Bündnissystem in die außenpolitische Isolierung.

Die unter ihm eingeleitete „Weltpolitik“ sollte Deutschland einen festen Platz unter den Weltmächten (einen „Platz an der Sonne“) sichern. Das klassische Mittel der imperialistischen Kolonialpolitik war dazu nicht mehr zu verwenden, da die Kolonialgebiete im wesentlichen unter den Großmächten verteilt waren. Statt dessen war die deutsche Politik bemüht, Gebiete wirtschaftlich zu durchdringen, die man heute als „Schwellenländer“ bezeichnen würde, und hier stand besonders das osmanische Reich im Vordergrund.

Wichtigstes Instrument war in diesem Konkurrenzkampf mit dem europäischen Großmächten die Flotte, für die der Spruch „Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser“ geprägt wurde. Nachdem seit 1896 Kaiser und Regierung internationale Verwicklungen dazu nutzen, den deutschen Einfluss geltend zu machen und dabei das Vertrauen in eine deutsche Verlässlichkeit zerstörten - zu nennen sind hier die „Krüger-Depesche“ 1896, mit der Wilhelm II. dem Präsidenten der Buren-Republik zur Abwehr der Engländer gratulierte, oder die Orient-Reise, auf der sich der Kaiser 1898 zum „Schutzherrn“ der 300 Millionen Mohammedaner in der Welt erklärte. Beide Verwicklungen ging die deutsche Diplomatie in der scheinbaren Sicherheit ein, dass Großbritannien letztlich wegen grundsätzlicher Differenzen mit Frankreich und Russland auf Deutschland als Bündnispartner angewiesen sei. Mit der Entsendung eines deutschen Geschwaders nach Manila während des amerikanisch-spanischen Krieges (1898) brachte er auch die USA gegen Deutschland auf. Russland war bereits vorher „verprellt“ worden, als das Deutsche Reich und Großbritannien 1890 Sansibar gegen Helgoland tauschten, und reagierte 1893/94 mit dem Abschluss des russisch-französischen Zweibunds.

Als der Reichstag 1898 die erste Flottenvorlage annahm und das Deutsche Reich damit seine Seerüstungen verstärkte, begann ein Wettüben, bei dem sich der deutsche Admiral von Tirpitz, seit 1897 Staatssekretär des Reichsmarineamtes, vom „Risikogedanken“ bestimmen ließ, nach dem die deutsche Flotte so stark zu sein habe, dass selbst England bei einem Angriff seine eigene Machtstellung gefährdet sehen müsse. Während der Kaiser in der Flotte noch ein „Spielzeug“ sehen mochte, fand die Flottenrüstung über die national betonten „Flottenvereine“ einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung.

Weder die Abrüstungsbemühungen auf der 1. Haager Friedenskonferenz noch ein britisches Bündnisangebot im Gefolge der britisch-französischen Faschoda-Krise 1898/1901) konnten eine Abkehr von der Rüstungspolitik bewirken. Auch weitere Britische Bündnisangebote wurden in völliger Verkennung der Lage und in eklatanter Selbstüberschätzung immer wieder abgelehnt.

Als dann schließlich doch die für unüberwindbar gehaltenen Gegensätze zwischen Großbritannien einerseits, Frankreich und Russland andererseits in der „Entente Cordiale“ (1905) bzw. in den britisch-russischen Vereinbarungen über die gegenseitigen Einflussgebiete in Zentralasien beigelegt wurden, vermutete die Reichsregierung dahinter eine Politik der Einkreisung, die nur mit weiterer Rüstung beantwortet werden konnte. Folgerichtig wurde 1906 mit dem 3. Flottengesetz ein neues Flottenbauprogramm beschlossen.

Die Marokko-Konferenz in Algieras 1906, auf deutschen Druck zur Regelung der französischen Ansprüche auf Marokko zusammengerufen, offenbarte einerseits die britisch-französische Verständigung, andererseits aber die deutsche Isolierung in der internationalen Politik. Als einziger Bündnispartner stand noch der mit eigenen Problemen belastete Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn fest auf deutscher Seite.

Hatte Bismarck noch die Politik verfolgt, Frankreich durch ein System von Bündnissen auszuschließen, hatte sich die Bündnissituation 1910 in ihr Gegenteil verkehrt: Das Deutsche Reich war nur durch eine Koalition der wichtigsten europäischen Mächte im Zaum zu halten. das war Bismarcks „Albtraum der Koalitionen“. Diese Sicherung der europäischen Mächte aber vor einer noch aggressiveren Politik des Deutschen reiches wurde in Deutschland als „Einkreisung“ empfunden und verstärkte die Hysterie.

Die Situation auf dem Balkan: Russland und Serbien

Zu dieser Situation von gegenseitiger Hochrüstung kam die über Jahrzehnte instabile Lage auf dem Balkan angesichts des zunehmenden Verfalls des Osmanischen Reiches. Auch hier konnte Bismarck durch klug abwägende Politik auf dem Berliner Kongress 1878 eine zeitweilige Stabilität schaffen, die aber zu Beginn des 20. Jahrhunderts unter den nationalistischen Ansprüchen der Anrainerstaaten zerbröselte.

Das Königreich Serbien verfolgte dabei eine Politik, die in Anknüpfung an das vor der osmanischen Eroberung im 14. Jahrhundert bestehende „Großserbische Reich“ eine Vorrangstellung auf dem Balkan anstrebte.

Instrument und Ansatzpunkt dafür war der slawische Nationalismus, der geeignet war, einen Gegenpol zum deutschen bzw. germanischen Element der Balkan-Großmacht Österreich-Ungarn zu bilden. Bestand hier die Forderung in einer Vereinigung aller Südslawen in einem (serbischen) Staat, war er auf der anderen Seite für Russland ein Mittel, Serbien als einzigen weiteren slawischen Staat politisch an sich zu binden. Ein politisches und militärisches Bündnis war die logische Konsequenz, ebenso wie die Tatsache, dass sich dieses Bündnis gegen Österreich-Ungarn richten musste, das seinerseits nach Expansion auf dem Balkan strebte.

Innerhalb der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie forderte der seit der Mitte des 19. Jahrhunderts auflebende slawische Nationalismus teils die Unabhängigkeit der Slawen (in einem eigenen tschechischen und kroatisch-slowenischen Staat), teils deren staatsrechtliche Gleichstellung mit den Ungarn, die seit 1867 ihren eigenen Staat innerhalb der Doppelmonarchie hatten. Beides musste die serbischen Pläne, nach denen die südslawischen Völker der Kroaten und Slowenen in den serbisch dominierten südslawischen Nationalstaat integriert werden sollten, stören. Russlands Parteinahme für Serbien sollte über eine Verstärkung seines Einflusses auf dem Balkan seine Stellung als europäische Großmacht festigen und außerdem den russischen „Weg zum Bosphorus“ ebnen.

1908 schuf Österreich-Ungarn in diesem Wettlauf um das Erbe des osmanischen Reiches vollendete Tatsachen, indem es das 1878 ihm zur Verwaltung übergebene Bosnien und die Herzegowina annektierte und so die serbischen Ansprüche durchkreuzte. Damit war ein tiefgreifender Konflikt zwischen Serbien/Russland und Österreich-Ungarn geschaffen.

Die Schwäche des Osmanischen Reiches im Gefolge des italienischen Zugriffs auf das heutige Libyen nutzten 1912 Serbien, Montenegro, Bulgarien und Griechenland zum Angriff auf die europäischen Besitzungen des Osmanischen Reiches aus und drängten es im 1. Balkankrieg bis fast vor Istanbul zurück (1912). Im folgenden Jahr zerstritten sich die ehemaligen Verbündeten über die Verteilung der Kriegsbeute: Serbien, Montenegro, Rumänien und Griechenland verbündeten sich gegen Bulgarien, dem das Osmanische Reich wieder einen Teil der Gewinne von 1912 abnehmen konnte (2. Balkankrieg 1913).

Als Serbien im selben Jahr Albanien beanspruchte, um Zugang zur Adria zu bekommen, traten Großbritannien und Deutschland vermittelnd ein. Der englische Versuch jedoch, Deutschland mit der Mission des Lord Haldane in Berlin 1912 zum Einlenken in der Frage der See-Rüstung zu bewegen, scheiterte wie alle anderen Versuche, weil die deutsche Führung weiterhin am „Risikogedanken“ festhielt.

Seit etwa 1910 rüsteten alle Staaten in noch weiter verstärktem Maße auf. Ein kommender Waffengang wurde mehr und mehr als unvermeidlich gesehen, ja sogar herbeigewünscht, um die aussichtslos erscheinende diplomatische Situation aufzubrechen und zu lösen. Diesen kommenden Krieg suchte man durch Verhandlungen, teils ernsthaft, teils weniger ernsthaft, zu verhindern; wenn man ihn aber nicht verhindern konnte, dann wollte man ihn mannhaft

durchstehen. Der Krieg, so schrecklich er sein mochte, war immer noch ein legitimes Mittel der Politik.

Aus dieser Phase der Hochrüstung jedoch zog man die Folgerung, dass das derzeitige militärische Kräfteverhältnis, das durchaus noch zu Deutschlands Gunsten ausfiel, sich spätestens 1917 vor allem durch die russischen Rüstungsbemühungen zu Ungunsten Deutschlands verschieben würde, und dass dann ein deutsch-russischer Krieg mit einem Angriff Russlands unausweichlich wäre. Also - so die Rechnung - müsste man jetzt, 1914, losschlagen und in einem Präventivkrieg dem als sicher gesehenen Angriff zuvorkommen. Hier zeigt sich der zweite Teil der nationalen „Psychose“, dass der „Einkreisung“ eine durchweg feindliche und aggressive Grundhaltung zugrunde liege. Diese „Präventivschlag“ bildete auch eine der Legitimationen für die Kriegserklärungen am Ende der Julikrise.

Sarajewo und die Folgen

Der Tod des österreichischen Thronfolgers am 28. Juni 1914 in Sarajevo traf Österreich-Ungarn doppelt: Einerseits war er der Exponent eines durchaus erfolgreichen pragmatischen und kompromissbereiten Kurses, der die slawische Nation innerhalb der Donaumonarchie in eine den Ungarn gleichberechtigte Stellung im Staat bringen wollte. Diese Aufwertung der Kroaten und Slowenen und auch der Tschechen hätte das Konfliktpotenzial innerhalb der Monarchie entschärft und Serbien um die Rolle des „Anwalts“ der Slawen gebracht. Zum anderen aber war Sarajewo die Hauptstadt Bosnien-Herzegowinas, das Österreich-Ungarn sechs Jahre zuvor annektiert hatte. Zum dritten aber war der 28. Juni (15. Juni nach dem alten Julianischen Kalender) der Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld (Kosovo polje), in der das Osmanische Reich 1389 das serbische Reich vernichtete und also ein hoher Gedenktag für die damals gedemütigte serbische Nation.

Es waren die Schüsse eines serbischen Nationalisten, die den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand töteten, und die österreichische Regierung war fest davon überzeugt, dass die serbische Regierung hinter dem Anschlag stehe und politisch dafür verantwortlich sei. Die Gelegenheit erschien günstig, zunächst durch einen regional begrenzten Krieg den „Störenfried“ Serbien auszuschalten.

Die deutsche Regierung versicherte am 5. Juli den Bündnispartner ihrer Vertragstreue, was von der Geschichtswissenschaft als „Blankoscheck“, als eine Rückendeckung bei allen künftigen Maßnahmen angesehen wird. Während des Monats Juli übten deutsche Stellen in Wien ständigen Druck auf die österreichische Regierung aus, um zu verhindern, dass diese weich würde und eine Kompromisslösung anstrebte. Das österreichische Ultimatum an Serbien vom 23. Juli war von Inhalt und Termin mit der Regierung in Berlin abgesprochen. Seine Erfüllung hätte von Serbien einen Verzicht auf wesentliche Souveränitätsrechte bedeutet. Dass Serbien das Ultimatum nicht erfüllen würde, war von österreichischer wie deutscher Seite einkalkuliert. Allen Erwartungen zum Trotz nahm jedoch die serbische Regierung das Ultimatum weitgehend an, was Kaiser Wilhelm II., fast enttäuscht, mit den

Worten quittierte: *Aber damit fällt jeder Kriegsgrund fort!* Reichskanzler von Bethmann-Hollweg konnte jedoch diese Bereitschaft zum Einlenken überspielen und Österreich zu Vorbereitungen für den Waffengang drängen.

Der österreichischen Teilmobilisierung am 25. Juli antwortete Russland – in Erfüllung seiner Bündnispflichten gegenüber Serbien – ebenfalls mit Kriegsvorbereitungen (26. Juli). Der österreichischen Kriegserklärung an Serbien (28. Juli) folgte dann am 30. Juli die russische Gesamtmobilmachung. Diese Kriegsvorbereitungen sah Deutschland (zu Recht) als gegen sich gerichtet an, forderte schließlich ultimativ die Einstellung der russischen Mobilmachung (31. Juli) und erklärte am 1. August 1914 den Krieg an Russland. Da das mit Russland verbündete Frankreich seinerseits zu tun erklärte, was Frankreichs Interessen forderten, erfolgte die deutsche Kriegserklärung am 3. August an Frankreich. Der Automatismus der Bündnisse hatte damit innerhalb von 6 Tagen von der österreichischen Kriegserklärung an Serbien den Krieg der Mittelmächte mit Russland und Frankreich nach sich gezogen. Schließlich antwortete England als Garantmacht der belgischen Neutralität auf deren Verletzung mit der Kriegserklärung an Deutschland (4. August). Regierung und Generalität in Deutschland waren sich dieses Risikos voll bewusst.

Die innere Logik in dieser Entwicklung lag in einer Fixierung des deutschen Generalstabs für die Kriegsvorbereitungen auf eine einzige Möglichkeit: In einem als unabwendbar geltenden Zwei-Fronten-Konflikt mit Russland und Frankreich war zuerst dieses mit schnellen, konzentrierten Schlägen niederzuwerfen, noch ehe die russische Kriegsmaschinerie überhaupt angelaufen wäre. Nach einem Blitzsieg über Frankreich hätte dann die gesamte Heeresmacht gegen Russland geworfen werden können. Der Plan dazu trägt den Namen des Generals von Schlieffen und zeigt die schon fast verblendete Sicherheit, mit der Entstehung und Entwicklung eines Konfliktes vorausgesehen wurde.

Dieser Schlieffenplan sah aber vor, dass die deutschen Armeen über das neutrale Belgien auf Frankreich vorrücken würden, um so die französischen Grenzfestungen zu umgehen. Es entspricht der Verblendung des strategischen Plans, dass das Einverständnis Belgiens vorausgesetzt wurde und dass die deutsche Führung bis zum Schluss sich der Hoffnung hingab, Großbritannien würde auf die deutsche Darstellung, mit einem Durchmarsch durch Belgien einem sicheren französischen Einmarsch zuvorkommen, eingehen.

Mit der Verletzung der belgischen Neutralität sah Großbritannien den letzten Rest seiner Zweifel an der deutschen Weltmachtspolitik schwinden. Auch seine Kriegserklärung am 3. August 1914 an das Deutsche Reich war nur folgerichtig.

Die „Fischer-Kontroverse“

Als der Historiker Fritz Fischer 1961 sein Buch „Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18“ veröffentlichte, brach ein Streit innerhalb der Geschichtswissenschaft über Deutschlands Rolle in der Julikrise 1914 aus. Hatte die konservative Geschichtsschreibung im Interesse des deutschen Nationalstaats noch jede Kritik an der deutschen Politik zurückgewiesen und sich allenfalls auf die Formel, die nach 1919 vor allem von britischer Seite als Kompromiss verbreitet wurde „Wir sind alle hineingeschlittert“, zurückzog, stellte er die These vom planmäßigen Vorgehen der deutschen Reichsleitung auf: der Krieg sei von der deutschen Führung, vor allem von Reichskanzler Theodor von Bethmann-Hollweg als Mittel zur Durchsetzung der deutschen Weltmacht willentlich angezettelt worden.

Im Vorwort zu seinem Buch stellte Fischer drei Hauptthesen auf:

1. Zwischen der deutschen Politik im Zeitalter der „Weltpolitik“ und den Kriegszielen des kaiserlichen Deutschland während des Krieges besteht ein Zusammenhang.
2. Die Neuinterpretation der deutschen Politik im Juli 1914 hebt den deutschen Anteil an der Auslösung des Ersten Weltkrieges stärker hervor, als es in der traditionellen deutschen Anschauung geschieht.
- 3 Die deutsche Politik im Krieg ist kontinuierlich, ist Kriegsziel- und keine Friedenspolitik, die auf Kriegsziele weitgehend verzichten würde.

Die Argumentationen stützen sich einerseits auf die deutschen und österreichisch-ungarischen Akten, nicht nur der Julikrise 1914 selbst, sondern auch auf die Akten der vorangehenden Jahre. Sie zeigen das konsequente deutsche Drängen zum Krieg. Andererseits wird als wesentliche Quelle – sowohl mit dem, was sie berichtet, als auch mit dem, was sie verschweigt – das Tagebuch Kurt Riezlers, des engsten Beraters von Reichskanzler Theodor von Bethmann-Hollweg, herangezogen.

Maßgeblich für die Auffassung von der deutschen Alleinschuld am Krieg sind die deutsche Publizistik der wilhelminischen Zeit, die Großmachtstreben und Krieg befürwortet, ja fast fordert, dann die deutschen Kriegsvorbereitungen im Juni und Juli 1914 und schließlich die Zielvorstellungen für die deutsche Kriegführung, wie sie Reichskanzler Theodor von Bethmann-Hollweg im September 1914 formulierte. Sie zielten auf Annexionen zur Abrundung und Sicherung des Staatsgebietes sowie auf die Schaffung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsraumes unter deutscher Führung (Mitteleuropa-Gedanke), wobei der Kriegsgegner Frankreich auf Dauer so geschwächt werden sollte, dass in absehbarer Zukunft keine Gefahr mehr von ihm ausgehen konnte. Dieses Programm hat seine Vorläufer in der Propaganda nationalistischer Kreise vor 1914, so zum Beispiel des Flottenvereins und des Alldeutschen Verbandes, weshalb ein unmittelbarer Einfluss auf die Politik der Regierung wahrscheinlich ist. Gerade in den Äußerungen dieser beiden Verbände zeigt sich auch die größte Verwandtschaft zu den Lebensraum- und Rasse-Elementen des nationalsozialistischen Programms.

Den Überlegungen zur deutschen Kriegszielpolitik steht die Tatsache gegenüber, dass alle beteiligten Mächte in der ersten Phase des Krieges bereits mehr oder weniger ausführliche Überlegungen angestellt hatten, zu welchen Bedingungen der Völkerordnung diese Auseinandersetzung führen sollte; ihnen steht auch das vielfältige Geflecht von politischen Zwängen – innen- wie außenpolitisch – auf allen Seiten entgegen.

Fischer stellte weiterhin eine deutliche Verbindung zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg her. Seine Interpretation war durchaus geeignet, das Wesen der nationalsozialistischen Diktatur nicht mehr als „Betriebsunfall der deutschen Geschichte“ zu sehen, sondern als logische Konsequenz einer unter Wilhelm II. angelegten Weltmachtpolitik. Dass allerdings - wie manche folgerten - Krieg und Gewalt notwendigerweise aus der Existenz des deutschen Nationalstaat resultieren würden, kann so nicht gefolgert werden.

Selbst unter Berücksichtigung der günstigsten Position bleibt für die deutsche Reichsleitung die Verantwortung, den Krieg nicht verhindert zu haben. Sie hat vielmehr – so Fritz Fischer – *den österreichisch-serbischen Krieg gewollt und gedeckt ... und, im Vertrauen auf die deutsche militärische Überlegenheit, es im Juli 1914 bewusst auf einen Konflikt mit Russland und Frankreich ankommen lassen*. Die Prioritäten lagen zunächst bei der siegreichen Beendigung dieses Krieges. Wurde er wider Erwarten doch verhindert (indem Frankreich oder gar Russland den Krieg nicht annahmen), dann war auf jeden Fall die Entente, das Bündnis England-Frankreich-Russland, damit zu sprengen. Diese Konsequenzen waren zwar nicht dem deutschen Volk in seiner nationalen Begeisterung (und in der subjektiv völlig richtigen Empfindung, seit Jahren „eingekreist“ worden zu sein) bewusst, wohl aber den maßgeblichen Politikern in Deutschland und Österreich.